

The Central European University Budapest and the Recent Changes in Hungarian University Law

Veranstalter: Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg (WiOS) / Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) / Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Regensburg, 29. November 2017

Bericht von Tina de Vries, München / Regensburg

□ Colleen Sharkey, International Media Relation Manager der Central European University (CEU) in Budapest, berichtete in ihrem Vortrag Ende November 2017 über den Kampf der CEU für die Freiheit der Wissenschaft in Ungarn. Die CEU wurde 1991 in Budapest gegründet und ist eine internationale Universität mit mehr als 1.400 Studenten aus über 100 Ländern. Sie bietet englischsprachige und ungarische Studiengänge mit US- und ungarischen Abschlüssen an. Einer ihrer Tätigkeitsschwerpunkte ist die offene Gesellschaft mit Themen wie neu-entstehenden Demokratien, Medienfreiheit, Nationalismus, Menschenrechten, Rechtsstaat. Der ungarischen Regierung ist diese weltoffene Ausrichtung – wie zivilgesellschaftliches Engagement allgemein – politisch ein Dorn im Auge.

Im März 2017 wurden in Ungarn zwei Gesetze verabschiedet: Eine Änderung des Hochschulgesetzes und das Gesetz über ausländische NGOs. Die Änderung des Hochschulgesetzes – obwohl vordergründig allgemein formuliert – zielte konkret auf die CEU. Das Gesetz enthielt eine Regelung, nach der ausländische Universitäten nur dann in Ungarn zugelassen werden dürfen, wenn diese auch in ihrem Heimatland einen Universitätscampus besitzen. Die CEU war die einzige ausländische Universität in Ungarn, auf die diese Voraussetzung nicht zutraf. Der Weiterbetrieb der CEU war daher in Frage gestellt.

Frau Sharkey berichtete über die Proteste der Professoren, Mitarbeiter und Studenten der CEU in unmittelbarer Folge der Verabschiedung des Gesetzes. So wurde die Kampagne „*#IstandwithCEU*“ organisiert, in der das Logo digital und analog verbreitet wurde. Höhepunkt der Proteste war im April 2017 eine Großdemonstration in Budapest mit über 70.000 Teilnehmern, die sich für eine offene Gesellschaft und den Weiterbetrieb der CEU einsetzten. Die mit der CEU international kooperierenden Universitäten und Institutionen erklärten sich mit der CEU solidarisch und richteten Beschwerde-Schreiben an die ungarische Regierung. Die Proteste wurden international wahrgenommen und in den Medien breit behandelt. Die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren wegen des Hochschulgesetzes ein und auch US-Stellen, wie der Gouverneur des Staates New York, Andrew Cuomo, intervenierten bei der ungarischen Regierung.

Im September 2017 vereinbarte die CEU ein Bildungsabkommen mit dem *Bard College* in New York, zu dem schon bisher Partnerschaften bestanden. Damit erfüllte die CEU die Voraussetzung, einen Universitätsstandort in ihrem Herkunftsland, den USA, zu unterhalten. Trotzdem hielt sich die ungarische Regierung nicht an ihre Zusage, die CEU könne nach Erfüllung dieser Voraussetzungen ihre Hochschultätigkeit uneingeschränkt fortsetzen. Stattdessen verlängerte sie lediglich die Übergangsfrist für die Zulassung der CEU um ein Jahr.

Die Kampagne gegen die CEU, so Frau Sharkey in ihrem Vortrag, erfolgte zeitgleich mit einer Schmutzkampagne gegen den Gründer der CEU und der NGO „Open Society“, George Soros, der durch Plakate und in den wöchentlichen Rundfunkansprachen des Regierungschefs Orbán als Staatsfeind dargestellt worden sei. Eine Kampagne, die verleumderische und anti-semitische Züge getragen habe und weiter trage.

In Ungarn finden im Frühjahr 2018 Wahlen statt und die Maßnahmen gegen die zivilgesellschaftliche Opposition seien auch im Kontext des Wahlkampfes der regierenden Partei zu sehen. Für die CEU hat dies alles zur Folge, dass die Aufnahme neuer Studenten sowie die Planungssicherheit für Mitarbeiter, Doktoranden und wissenschaftliche Projekte zum Wintersemester 2017/18 gefährdet waren. Für das Sommersemester 2018 hoffe man auf eine Einigung, sei jedoch angesichts der bevorstehenden Wahlen skeptisch. Die CEU kämpft weiter dafür, dass in Budapest die Wissenschaftsfreiheit gewährleistet bleibt und sie ihren Bildungsauftrag fortsetzen kann.